Detailansicht des Regelungsvorhabens

Modernisierung der Juristenausbildung

Aktuell seit 19.11.2026 15:22:54

Angegeben von:
Bundesverband der Wirtschaftskanzleien in Deutschland (BWD) e.V. (R007857) am 19.11.2026

Beschreibung:
Eine leistungsfähige Rechtspflege braucht eine juristische Ausbildung, die fachliche Qualität, rechtsstaatliches Verantwortungsbewusstsein und die Anforderungen der beruflichen Praxis miteinander verbindet. Der BWD begrüßt deshalb die vorgesehenen Erleichterungen bei den praktischen Studienzeiten, die Weiterentwicklung elektronischer Prüfungen und die bundeseinheitliche Regelung zum Ausschluss von Personen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen. Bei der Modernisierung der Ausbildung greift der Entwurf allerdings zu kurz. Künstliche Intelli genz verändert bereits heute, wie juristische Sachverhalte erschlossen, Dokumente ausgewertet und rechtliche Lösungen erarbeitet werden. Studium, Vorbereitungsdienst und Prüfungen müssen auf diese Veränderungen vorbereiten.

Zu Regelungsentwurf

1. **Referentenentwurf:**
   Gesetz zur Änderung des Rechts der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der juristischen Ausbildung (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Datum der Veröffentlichung: 12.10.2026
   Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (2)

Rechtspolitik [alle RV hierzu]
Anwaltliches Berufsrecht

Betroffene Bundesgesetze (1)

DRiG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **SG2611190023** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.11.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]